

Greta Wehner (18.9.1994):

Was es bedeutet, politische Verantwortung zu tragen

Beitrag zur Jubilarfeier der SPD Wuppertal

Liebe Freunde,

liebe Genossinnen, liebe Genossen, die ihr heute euren Ehrentag habt,

liebe Gäste!

Eine Jubilarfeier sollte ein nachdenkliches Zurückschauen sein und ein Danksagen für das, was die zu Ehrenden geleistet haben, aber sie sollte auch mit dem Heute verbunden werden. Das Zurückschauen und Danksagen ist eng miteinander verbunden.

Sozialdemokraten in der Verantwortung

Die, die heute 25 Jahre Mitglied in der SPD sind, wurden dies, als die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Regierungsverantwortung trugen. Das begann mit der Großen Koalition im Spätherbst 1966. Unter dem CDU-Bundeskanzler Kiesinger gab es gleich viele Minister beider Koalitionspartner. Neun waren Sozialdemokraten, davon eine Ministerin: Käthe Strobel, Willy Brandt, Gustav Heinemann, Karl Schiller, Georg Leber, Lauritz Lauritzen, Herbert Wehner, Carlo Schmid und Hans-Jürgen Wischniewski.

Diese sozialdemokratischen Regierungsmitglieder haben die Arbeit der damaligen Bundesregierung entscheidend geprägt, sie haben die oft wiederholte Behauptung, Sozialdemokraten in der Regierung bedeuteten den Untergang Deutschlands, widerlegt. Diese Frau und diese Männer haben bewiesen: Die Sozialdemokraten sind fähig, unseren Staat verantwortlich zu leiten. Sie haben von 1966 bis 1969 die Voraussetzungen geschaffen für die ersten beiden sozialdemokratischen Bundeskanzler: für Willy Brandt und Helmut Schmidt, für 13 Jahre sozialliberaler Koalition, insgesamt 16 Jahre sozialdemokratischer Regierungsverantwortung.

Dieses sind Erfahrungen, auf die unsere junge Mannschaft unter Rudolf Scharping bauen kann. Ihr alle, die ihr jung und im mittleren Alter seid, setzt eure

Kraft in den vier Wochen bis zum Wahltag ein, sprecht mit Nachbarn und Nachbarinnen, mit Kollegen und Kolleginnen. Jede Stimme, die ihr gewinnt, erhöht die Aussicht, daß wir Sozialdemokraten erneut Regierungsverantwortung übertragen bekommen, nicht um persönlich Macht zu genießen, sondern um in sozial geprägter demokratischer Verantwortung die Lebensgrundlagen für unser Volk zu gestalten.

Wo immer wir heute Verantwortung oder Mitverantwortung übernehmen, müssen wir mit den Mitgliedern der SPD und mit den Wählern ehrlich über unsere Ziele und über die Schwierigkeiten der finanziellen Voraussetzungen sprechen.

Bestand kann eine sozialdemokratische Regierung nur haben, wenn sie die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ihr Handeln kennt und beachtet. Nur dann sind wir sozial handlungsfähig. Wir wollen und können sozial ausgewogener handeln als die Regierenden der letzten zwölf Jahre.

Selbst das Wenige, was in diesen Jahren an sozialen Gesetzen geschaffen wurde, wie die Pflegeversicherung, brauchte das zähe Kämpfen unserer sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Einer dieser Kämpfer gehört zu den heute zu Ehrenden: Rudolf Dreßler. Ihm sei von Herzen Dank, auch von meiner Seite.

Sozialdemokraten in der Verantwortung, in Regierungen und Parlamenten, in Parteivorstand und Parteirat, müssen in den Gliederungen der SPD den Mitgliedern ihre Entscheidungen erklären und verständlich machen, indem sie auf Parteitag der Gliederungen und auf Konferenzen zuhören und diskutieren. Kundgebungsähnliche Veranstaltungen sind nicht ausreichend.

Wollen wir in schwieriger Zeit handeln und Einfluß ausüben, dann müssen wir durch Erklären und Überzeugen nicht nur Mitglieder, sondern Mitstreiter haben.

Wer heute 25 Jahre Sozialdemokrat ist, kann wissen: Politische Verantwortung auf diese Weise zu tragen, hat nichts mit dem zu tun, was vielfach politisch Tätigen als Machthunger vorgeworfen wird. Nein, was ich Euch mit auf den Weg geben will, ist: Sozialdemokraten wollen Macht erringen, um das Postulat „sozialer Rechtsstaat“ in die Wirklichkeit umzusetzen.

Dieses ist harte Arbeit und kein Machtrausch.

Aufbauleistungen

25 Jahre Mitgliedschaft in der SPD gilt bei uns als das erste Jubiläum. Was wir in diesem Jahr nicht feiern können, ist 60 und 50 Jahre Mitgliedschaft. Vor 60 Jahren, 1934, und vor 50 Jahren, 1944, war unsere sozialdemokratische Partei blutig unterdrückt. In Deutschland konnte keiner in eine frei und öffentlich wirkende SPD eintreten. Was aber nicht bedeutet, daß nicht vereinzelt Menschen in das illegale Wirken von Sozialdemokraten hineinwuchsen oder Heranwachsende in den Emigrationsländern Sozialdemokraten wurden.

Aber wir haben hier zehn Mitglieder zu ehren, die länger als 60 Jahre zu uns gehören. Vor ihnen verneige ich mich tief. Darunter ist Hermann Herberts, der 1917, im Hungerwinter des ersten Weltkrieges, im Alter von 17 Jahren Sozialdemokrat wurde.

Herbert Wehner hat mir vor 50 Jahren geschildert, wie seine Mutter dem noch nicht elf Jahre alten Jungen „in diesem schrecklichen Winter von Sozialismus und Frieden“ erzählte. Ihm habe das sein Leben lang Kraft und Richtung gegeben.

Ich denke, Hermann Herberts wird ebenfalls ähnliches Erinnern begleitet haben.

Wer heute 40 Jahre Sozialdemokrat ist, wurde es häufig nach Jahren der Kriegsgefangenschaft. Er – oder auch sie – haben sowohl Niederlagen als auch Siege im parlamentarischen Ringen erlebt. Viele haben am Arbeitsplatz mit Kollegen, mit Menschen in den Vereinen, in ihrer Nachbarschaft, über ihre politischen Vorstellungen und Erfahrungen gesprochen und auf diese Weise Überzeugungsarbeit geleistet, die besonders hier in NRW unserer Partei zu einer starken sozialdemokratischen Mehrheit verhalfen.

Ihr, die ihr heute über sechzig, siebzig, achtzig und neunzig Jahre alt seid, habt nach Ende des mörderischen Krieges und der Hitlerdiktatur die Organisationen der alten Arbeiterbewegung, die SPD, die Gewerkschaften, die Arbeiterwohlfahrt und Genossenschaften wieder aufgebaut. Und ihr habt, aus Trümmern und Dreck, die Grundlagen unserer Wirtschaft gelegt. Euch allen zu danken ist mir, die ich selber 47 Jahre unserer SPD angehöre, eine besondere Ehre.

Freiheit – Solidarität – Gleiches Recht für alle

Unsere sozialdemokratische Partei ist eine alte Partei. 131 Jahre verkörpert sie das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Als Ferdinand Lassalle (damals) seine Mitbürger und besonders die Arbeiter aufrief, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu gründen, der unsere Keimzelle ist, um das allgemeine und direkte Wahlrecht zu erkämpfen, verstand er mit seinen Worten, in der Sprache der damaligen Zeit unter Arbeiter alle, die „noch eben den Willen haben, sich in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen“. Es war also kein einengender Begriff.

Die sozialdemokratische Partei ist zugleich eine junge Partei, weil sie, im Ringen um die soziale Gerechtigkeit, sich fortwährend verjüngt.

Die sozialdemokratische Partei ist entstanden aus dem Protest der schaffenden Menschen gegen eine Ordnung, die unmenschliche Verhältnisse, Unterdrückung und Ungerechtigkeit zu verewigen suchte. Die sozialdemokratische Partei blieb nicht beim Protest stehen: Sie half den Unterdrückten und Entrechteten, den sozial Schwachen und Ausgebeuteten, sich ihrer Rechte als Staatsbürger bewußt zu werden und diese Rechte durchzusetzen und anzuwenden.

An der Wiege der SPD standen sittliche Postulate wie „Ausprechen, was ist“. Die Sozialdemokraten dienen unserem Volk, wenn sie beharrlich und ungeschminkt sagen, was ist.

„Freiheit!“, nämlich Freiheit für alle, ist eines dieser Postulate. Keiner ist wirklich frei, solange sein Nächster noch unfrei ist. Für Sozialdemokraten muß Freiheit immer auch die Freiheit des Andersdenkenden sein.

„Solidarität“ gehört zu diesen Postulaten. Als Starker nicht für sich allein sorgen, den Schwachen, den nicht so Klugen mit tragen, das ist Solidarität. Dieses Postulat haben die Sozialdemokraten in das Ringen um die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten eingebracht.

Unsere Politik ist nicht ein Tauziehen um Interessen, sondern um Gleiches Recht für alle!, für das sich Generationen von Sozialdemokraten eingesetzt haben. Dies ist das verpflichtendste Postulat, mit dem sich die Sozialdemokraten als eine Partei erweisen, die wirklich dem Allgemeinwohl dient.

Der Staat – unser Staat -, für den wir kämpfen und wirken, soll ein Staat der Freiheit sein und bleiben, in dem die tätige Mitverantwortung aller gesichert ist.

Freiheit und Recht im vereinten Deutschland

Vor fünf Jahren drängten Menschen an vielen Orten in der DDR, auch dort einen Staat der Freiheit – des Rechts – zu schaffen. Es war mehr als das individuelle Recht, ausreisen zu dürfen, wie gerade in diesen Wochen Fernsehbilder von damals den Eindruck vermitteln.

Eine Sozialdemokratische Partei wurde in Schwante, nahe Berlin, danach in vielen anderen Städten gegründet. Wir, hier im Westen, waren unsicher: Sind das Tarnmanöver von SED/Stasi? Gefährden wir Menschen, wenn wir ihnen offen entgegengehen?

Die mörderischen Folgen des 17. Juni 1953, die blutige Niederschlagung des Aufstands der Ungarn 1956, die Zerschlagung des Prager Frühlings stand uns vor Augen. Bald war klar: Das sich wandelnde und dann zusammenbrechende Sowjetsystem ermöglichte den Weg zu Freiheit und Recht und führte weiter zum vereinten Deutschland.

Die Menschen, die bis 1990 als Bürger der DDR im geteilten Deutschland leben mußten, haben in Deutschland den größeren Teil der Kriegsfolgelast tragen müssen. Denn ihre Besatzungsmacht, die Sowjetunion, hatte die schwersten Verwüstungen, die größten Menschenverluste durch den hitlerdeutschen Krieg erleiden müssen. Wir im Westen konnten gegen Demontage kämpfen ohne Lebensgefahr. Die Menschen im SED-Herrschaftsbereich zahlten Widerstand mit Freiheit und Leben in Gefängnissen wie Bautzen.

In den 45 Jahren der Teilung mußte die dortige Wirtschaft sich auf die Bedürfnisse des Sowjetstaates und Sowjetsystems einstellen.

Unsere Solidarität im Bereich des Staates, der Länder und Kommunen, bleibt deshalb über Jahre gefordert. Unsere Hilfe für die Menschen und für die Wirtschaft dort ist ein Ausgleich für unsere geringere Kriegsfolgelast, für unsere Möglichkeit, bald nach Kriegsende frei zu wirtschaften.

Noch lange ist unsere Solidarität als Sozialdemokraten zu unseren Genossen, die gewagt haben, nach 57 Jahren Unterdrückung (1933 bis 1989) wieder eine

sozialdemokratische Partei zu gründen, erforderlich. Seit dem 27. September 1990 bilden sie mit uns zusammen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Alle, die bei uns Arbeit haben, sollten doch wohl eine Spur mehr Solidarbeitrag zahlen können!? Jede Woche auf eine Schachtel Zigaretten oder ein Glas Bier oder eine andere Kleinigkeit des Genusses verzichten?

Die Genossen im Osten brauchen unsere Hilfe

In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen fehlen die Sozialdemokraten, die bei uns Jubiläen feiern können, wie heute in Wuppertal. Die Zahl der Mitglieder der SPD in den Ländern, die über vier Jahrzehnte DDR sein mußten, ist gering.

170 Mitglieder ehren wir heute in Wuppertal. Zum Vergleich: Der Unterbezirk Dresden umfaßt die Stadt und den umliegenden Landkreis Dresden.¹ Die Stadt ohne Landkreis hat etwa die gleiche Einwohnerzahl wie Wuppertal. Der Unterbezirk Dresden hat gut 500 Mitglieder; ganz Sachsen hat 5.300 Mitglieder in der SPD. Wie sollen diese unsere Genossen die Mittel und Arbeitskraft aufbringen, nach außen zu wirken, zu werben und zu gewinnen? Dafür brauchen sie unsere finanzielle und mitmenschliche Hilfe.

Das vorwurfsvolle, fragende Reden vom „roten Sachsen“ finde ich unverantwortlich. Das „rote Sachsen“ liegt 70 und mehr Jahre zurück, eine Zeit, als Hermann Herberts Sozialdemokrat wurde, als Herbert Wehners Mutter vom Sozialismus erzählte. Schon vor 1933 war die SPD in Sachsen geschrumpft. Die Menschen, die vor 1933 Sozialdemokraten mit Organisationserfahrung waren, leben fast alle nicht mehr oder sind so alt wie unsere Wuppertaler SPD-Mitglieder, die heute für mehr als 60 Jahre Mitgliedschaft geehrt werden.

Die Menschen, die aus Tradition Sozialdemokraten wurden, gibt es kaum. Nur wenige erinnern Eltern als Sozialdemokraten. Mitglieder werben in Betrieben – am Arbeitsplatz – ist kaum möglich. Die Industriebetriebe sind zusammengeschrumpft oder aufgelöst, die Arbeitskollegen zerstreut.

Die SED hatte früher sowohl Betriebsgruppen als auch Wohngebietsorganisationen, in denen heute die PDS ihr Wirken aufbaut, in den Plattenbauwohnge-

¹ Die Zahl der Unterbezirke in Sachsen wurde im Jahre 1995 von 15 auf 10 reduziert. Dabei wurde auch das Stadtgebiet Dresden mit den Landkreisen Riesa-Großenhain und Meißen-Radebeul zu einem neuen Unterbezirk "Dresden-Elbe-Röder" zusammengefaßt, der mittlerweile etwa 700 Mitglieder hat.

bieten auch in der Form von Nachbarschaftshilfe. Ein altes Mittel des solidari-
schen Handelns der Arbeiterbewegung. Unsere kleine Zahl von Mitgliedern fällt
mit gleichem Verhalten kaum auf.

Es ist gut, daß es die „Volkssolidarität“, eine Organisation der Hilfe aus der DDR,
gibt, heute unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Alte Men-
schen brauchen diese als Sozialstation organisierte Hilfe. Sie ist für viele eine
Milderung des Bruchs zu vier Jahrzehnten DDR-Leben, aber auch für manche
Mitglieder der PDS Zugang zu den Alten.

Die Arbeiterwohlfahrt mußte 1990 neu beginnen,

1. eine Organisation aufbauen,
2. Mitglieder werben,
3. soziale Einrichtungen neu übernehmen.

Dabei gibt es nur eine geringe identitätsstiftende Wirkung zur SPD.

Im vergangenen Jahr, auf dem SPD-Landesparteitag in Zwickau, versteigerten
wir eine Pfeife von Herbert Wehner. Der Erlös ging an die Sozialstation der Ar-
beiterwohlfahrt in Dresden-Prohlis. Es reichte zu einer Hebehilfe im ambulan-
ten Pflegedienst und für ein gebrauchtes Klavier für die vorbildliche geron-
topsychiatrische Tagespflege. Für viele Delegierte des Parteitages war dies die
erste Verbindung zur Arbeiterwohlfahrt.

Die Freiheit des Andersdenkenden

Laßt euch vom CDU-Gerede von wegen Tolerierung der PDS in Sachsen-Anhalt
nicht verunsichern. Wir haben weder die Absicht, die CDU-Fraktion daran zu
hindern noch die Fraktion der PDS, nach ihrem jeweiligen Gutdünken parla-
mentarische Entscheidungen zu unterstützen. Wir können es auch nicht, denn
dieses ist Grundlage des freien, demokratischen Handelns in den Parlamenten.

Wir sind Konkurrenten zu CDU und PDS. Wir werben um die gleichen Men-
schen, als Mitglieder und als Wähler. Die PDS ist für den demokratischen Staat
keine Gefahr, so wie es die Kommunisten als SED mit einer Weltmacht, der
Sowjetunion, als Stütze gewesen sind. Die PDS ist im Westen eine Außenseiter-
partei, in den nordöstlichen und östlichen Bundesländern ein starker Faktor mit
einer gut ausgebauten Organisation, mit ausreichenden finanziellen Mitteln
und der größten Mitgliederzahl aller politischen Parteien im Osten Deutsch-

lands. Diese Mitglieder ziehen nicht mordend und brandstiftend durch Deutschland wie Gruppen der Rechtsradikalen.

So gilt auch für sie die Freiheit des Andersdenkenden. Es ist unsere Aufgabe und die Aufgabe aller demokratischen Parteien, sie nicht zu verteufeln, sondern das Undemokratische durch Politik zu überwinden, Politik, die sich der Sorgen der Menschen annimmt und die Wähler vom Wert der demokratischen Parteien überzeugt.

Dieses gilt besonders für uns Sozialdemokraten, die Demokratie an sich für einen unverzichtbaren Wert halten und nicht „für die Diktatur des Proletariats“ sind. Auch nicht für ein bißchen Diktatur, um bessere soziale Verhältnisse zu erreichen, wie mir gegenüber ein Mann meinte, der heute keiner kommunistischen Nachfolgepartei angehört.

Gerechtigkeit hat nur in der Demokratie und im Rechtsstaat eine Chance.

Deshalb ist es notwendig, daß Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Wahlbeteiligung Verantwortung in unserem Staat mit tragen, sich um das Geschehen in unserem Staat kümmern.

Für die, die 25 Jahre Mitglied in der SPD sind, und für die, die es kürzlich geworden sind, bleibt viel Arbeit. Erklären wir den Weg, den wir Sozialdemokraten in Deutschland, in Europa und in der Welt gehen wollen.

Nutzt die nächsten vier Wochen bis zur Bundestagswahl, um Wähler für unseren Weg zu gewinnen. Es geht nicht um Macht für den einzelnen Kandidaten, es geht um die Macht im Staat, damit dieser unser Staat so gerecht als möglich gestaltet wird.

Ich danke für das geduldige Zuhören.